



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



# Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

03/2021

Das BAMF



# Inhaltsverzeichnis

## Verfahren

BVerfG: Verfassungsrechtliche Anforderungen an die abschiebungsrelevante Sachaufklärung	4
BVerwG: Kirchenasyl - Verlängerung der Überstellungsfrist wegen „Flüchtigseins“	5
Äthiopien: Bewaffneter Konflikt in der Region Tigray	6

## Aus der Rechtsprechung

Divergierende obergerichtliche Entscheidungen zur Thematik „Syrien / Militärdienstentziehung“	8
VG Gera: Staatlicher Schutz bei FGM in Côte d'Ivoire	10

## Blick zum Nachbarn

Schweiz - Staatssekretariat für Migration	10
---	----

## Was sonst? Literatur

Neuerwerbungen der Bibliothek	11
-------------------------------	----

## Impressum

12



## BVerfG: Verfassungsrechtliche Anforderungen an die abschiebungsrelevante Sachaufklärung

Mit Beschluss vom 09. Februar 2021 – 2 BvQ 8/21 – untersagte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Wege einer einstweiligen Anordnung die Rückführung eines afghanischen Staatsangehörigen wegen unzureichender fachgerichtlicher Aufklärung im Hinblick auf die antragstellerseitig eingebrachten Erkenntnismittel.

In Fortführung seiner Spruchpraxis betont das Bundesverfassungsgericht einmal mehr, dass die gebotene Folgenabwägung mit Blick auf den hohen Wert der Grundrechte aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG im Fall möglicher schwerer Nachteile zugunsten des Erlasses einer einstweiligen Anordnung ausfallen müsse. Eine solche Folgenabwägung sei stets bei – wie vorliegend – offenem Ausgang eines Verfassungsbeschwerdeverfahrens geboten. Es spreche Überwiegendes dafür, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichts den Anforderungen aus Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG an die Sachverhaltsaufklärung nicht genüge.

Bei der Sachverhaltsaufklärung müssten sich Behörden und Gerichte dazu, ob ein Antragsteller in ein Land abgeschoben werden dürfe, in dem wegen einer stetigen Verschlechterung der dortigen Situation die Gefahr bestehe, dass die Schwelle des § 60 Abs. 5 und 7 S. 1 AufenthG überschritten sein könnte, laufend über die tatsächlichen Entwicklungen unterrichten und dürften nur auf der Grundlage tagesaktueller Erkenntnisse entscheiden. Maßgeblich dabei sei, dass inhaltlich auf relevante und die von den Verfahrensbeteiligten vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werde, wenngleich sich hieraus keine verfassungsrechtlich begründete Pflicht ergebe, sich mit jeder von den Verfahrensbeteiligten angeführten Erkenntnisquelle ausdrücklich zu befassen.<sup>1</sup>

Unter diesem Ansatz kritisiert das Bundesverfassungsgericht ein verfassungsrechtlich relevantes Sachaufklärungsdefizit hinsichtlich der Frage einer nachhaltigen Sicherung des Existenzminimums. Konkret habe sich das Verwaltungsgericht in allgemeiner Hinsicht nicht mit den aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auseinandergesetzt. Der Hinweis auf den Bezug von „Corona-Beihilfen“ stelle nur eine unzureichende, indirekte Befassung dar. Das Verwaltungsgericht hätte sich vielmehr mit einem möglicherweise bereits erfolgten Zusammenbruch der wirtschaftlichen Grundlage für arbeitsfähige Rückkehrer – wie dem Antragsteller – ohne realisierbare Anbindung an Familie oder andere Netzwerke beschäftigen müssen. Namentlich habe es das Verwaltungsgericht versäumt, sich mit den aktuellen – vom Antragsteller

in das Verfahren eingebrachten – Erkenntnissen zur aktuellen Lebenssituation in Afghanistan zu befassen.

Ebenso wenig sei das Verwaltungsgericht auf die individuell-gefährdenden Umstände eingegangen, insbesondere auf die praktische Möglichkeit nach Ankunft in Kabul auf ein familiäres Netzwerk zuzugreifen. Für den Antragsteller war im Bundesgebiet zuletzt eine Betreuung unter anderem für die Bereiche Vermögens- und Gesundheitsvorsorge eingerichtet. Damit liege nahe, dass er für eine geordnete Lebensführung einer persönlichen Unterstützung durch Familienangehörige bedürfe. Zu klären wäre gewesen, wo er eine solche erhalten könnte und ob es ihm möglich sein werde, diesen Ort gefahrlos zu erreichen.

Schließlich hätte sich das Verwaltungsgericht unter dem einer individuell-konkreten Gesundheitsgefährdung ebenso mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Gesundheitssystem auseinandersetzen müssen, auf das der Antragsteller wegen seiner Drogen- und Substitutionstherapie vom Verwaltungsgericht verwiesen worden sei.

Nach alledem beruhe die fachgerichtliche Bewertung auf einem verfassungsrechtlich relevanten Sachaufklärungsdefizit, so dass im Zweifel der Erlass der einstweiligen Anordnung angezeigt sei. Denn durch den Vollzug der Abschiebung können dem drogenabhängigen, unter Betreuung stehenden Antragsteller ein schwerer Nachteil entstehen, ohne dass ein späteres Obsiegen im Verfassungsbeschwerdeverfahren diese Grundrechtsbeeinträchtigung beeinträchtigen könnte.

### Auswirkungen auf die Bundesamtspraxis:

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zwingt nicht zu einer Änderung der bisherigen allgemeinen Entscheidungspraxis des Bundesamtes. Bei seinen Entscheidungen und in seinen Leitsätzen berücksichtigt das Bundesamt stets sämtliche verfügbaren aktuellen Lageberichte der einschlägigen Regierungs-, Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen<sup>2</sup>. Zudem finden eigene aktuelle Erkenntnisse und entscheidungsrelevante Erkenntnismittel der Antragstellenden Berücksichtigung.

Weitergehendes fordert auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht ein, zumal sie vorrangig das dem Erkenntniszeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung verpflichtete Verwaltungsgericht adressiert. Im Sinne der bisherigen Rechtsprechungslinie gibt das Bundesverfassungsgericht den Gerichten auf, sich bei der Bewertung einer hinreichend umfassend und tagesaktuellen Entscheidungsgrundlage zu befähigen und insbesondere auch die Angaben des Betroffenen und vorgelegten Unterlagen, sofern sie entscheidungsrelevant sind, zu würdigen.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Unter anderem Lageberichte des Auswärtigen Amtes, des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sowie des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO)

<sup>3</sup> Vgl. BVerfG, Beschl. v. 27.03.2017, 2 BvR 687/17 Rn. 11 f., juris; BVerfG Beschl. 26. Juli 2017, 2 BvR 1606/17, juris

Unter Berücksichtigung des mit Anwendungsvorrang ausgestatteten Art. 10 Abs. 3 lit. b RL 2013/32/EU hat sich das Verwaltungsgericht bei seiner rechtlichen Bewertung mit den einschlägigen, aktuell verfügbaren Informationen von Regierungs-, Nichtregierungs- und insbesondere internationalen Menschenrechtsorganisationen auseinanderzusetzen. Im Übrigen hat es die Entwicklung tagesaktuell im Blick zu behalten, dürfte aber – wie sich insbesondere aus dem Hinweis des Bundesverfassungsgerichts auf die Entscheidungsrelevanz ergibt – nur bei einer wesentlichen Änderung der Sachlage zu eigenen tagesaktuellen Erkenntnismaßnahmen, etwa durch Beweiserhebung, verpflichtet sein. Eine solche wesentliche Änderung der Sachlage dürfte indes nur dann vorliegen, wenn sich erstens ein noch nicht bewerteter, entscheidungsrelevanter Lebenssachverhalt ergibt (wie etwa die Entstehung einer Pandemie) oder zweitens sich bei einem dynamischen Lebenssachverhalt eine Entscheidungsrelevanz im Sinne einer Neubewertung geradezu aufdrängt.

Im vorliegenden Fall hatte sich das Verwaltungsgericht Schleswig bereits nicht mit den allgemeinen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und mit den dazu antragstellerseitig eingebrachten Erkenntnismitteln beschäftigt, so dass die Bewertung der Existenzsicherung ersichtlich auf einem Sachaufklärungsdefizit beruhte. Ebenso wenig hatte es sich mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Gesundheitssystem befasst, auf das der Antragsteller wegen seiner Drogen- und Substitutionstherapie vom Verwaltungsgericht verwiesen worden war.

Vor diesem Hintergrund ist der Erlass der einstweiligen Anordnung den besonderen Umständen des Einzelfalls geschuldet, zumal das Bundesverfassungsgericht auch zuletzt den entsprechenden Antrag eines jungen, arbeitsfähigen und verurteilten afghanischen Staatsangehörigen noch abgelehnt hat.<sup>4</sup>

*Frank Engel und Susann Kegel, 61D*

## **BVerwG: Kirchenasyl - Verlängerung der Überstellungsfrist wegen „Flüchtigseins“**

Die beim sogenannten Kirchenasyl weitestgehend einheitliche obergerichtliche Rechtsprechung zur Auslegung des Rechtsbegriffs „flüchtig sein“ im Sinne des Art. 29 Abs. 2 S. 2 Alt. 2 Dublin-III-VO hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 26. Januar 2021 (Az. 1 C 42.20) bestätigt.

Im verhandelten Fall reiste die iranische Antragstellerin im September 2018 in das Bundesgebiet ein und stellte einen Asylantrag. Zum Zeitpunkt der Einreise lag für sie ein durch das polnische Konsulat in Teheran

ausgestelltes gültiges Schengen-Visum vor. Ihren Asylantrag lehnte das Bundesamt am 22. Oktober 2018 als unzulässig gemäß § 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG ab und ordnete die Abschiebung nach Polen an. Ihren Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtschutzes nach 80 Abs. 5 VwGO lehnte das Verwaltungsgericht mit Beschluss vom 07. Januar 2019 ab. Ab dem 28. Januar 2019 hielt sich die Antragstellerin im Kirchenasyl auf, ohne den Behörden ihren neuen Aufenthaltsort mitzuteilen. Nach einem Schreiben vom 01. April 2019, in welchem sie dem Bundesamt ihren Aufenthalt im Kirchenasyl nebst Adresse meldete, verlängerte das Bundesamt im Mai 2019 die Überstellungsfrist auf 18 Monate mit der Begründung, dass die Klägerin flüchtig im Sinne des Art. 29 Abs. 2 Dublin-III-VO sei. Die gegen den Bundesamtsbescheid vom 22. Oktober 2018 eingereichte Klage wies das Verwaltungsgericht ab. Die im weiteren Verlauf als unterbrochen gewertete Überstellungsfrist sei wegen „Flüchtigseins“ der Antragstellerin wirksam auf 18 Monate verlängert worden.

Das Bundesverwaltungsgericht gab der (Sprung)Revision der Antragstellerin statt. Zur Begründung verwies es darauf, dass das Bundesamt eine Person, die sich im sogenannten „offenen“ Kirchenasyl befindet, das heißt über deren neuen Aufenthaltsort das Bundesamt informiert wurde, nicht mehr als „flüchtig“ im Sinne des Art. 29 Abs. 2 S. 2 Alt. 2 Dublin-III-VO ansehen und deswegen die Überstellungsfrist in den zuständigen Mitgliedstaat auch nicht auf 18 Monate verlängern kann. Die staatliche Respektierung des Kirchenasyls begründet kein Vollstreckungshindernis. Eine wirksame Verlängerung der Überstellungsfrist wegen „Flüchtigseins“ ist für das Bundesamt nur solange möglich, wie sich die Person im „verdeckten“ Kirchenasyl befindet, das heißt der Aufenthaltsort dem Bundesamt nicht bekannt ist. Dass für eine Überstellung grundsätzlich ein zusammenhängender Zeitraum von sechs Monaten zur Verfügung stehen soll<sup>5</sup> rechtfertigt keine andere Beurteilung. Denn das Bundesamt hat es selbst in der Hand, bei zwischenzeitlichen Überstellungshindernissen infolge einer Flucht im Sinne des Art. 29 Abs. 2 S. 2 Dublin-III-VO zeitnah durch eine Verlängerung der Überstellungsfrist zu reagieren. Etwaige Kommunikationsmängel im Verhältnis zu den mit dem Vollzug der Überstellung betrauten Behörden müssten sich diese zurechnen lassen.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts schließt sich an dessen Beschluss vom 08. Juni 2020 (Az. 1 B 19.20) an. Damit war bereits geklärt worden, dass die Besonderheiten der deutschen Verwaltungsorganisation im Bereich des Dublin-Verfahrens die Auslegung des unionsrechtlichen Rechtsbegriffs „flüchtig“ im Sinne des Art. 29 Abs. 2 S. 2 Alt. 2 Dublin-III-VO nicht beeinflussen können. Auf die aus einem föderalen Staatsaufbau folgende Verwaltungsbinnenorganisation kommt es aus Sicht der einheitlich auszulegenden unionsrechtlichen Regelung nicht an. Verzichten die

<sup>4</sup> Vgl. BVerfG, Beschl. v. 16.12.2020 – 2 BvR 2188/20

<sup>5</sup> Vgl. EuGH, Urteil vom 29. Januar 2009 – C-19/08, Petrosian – Rn. 43 ff.

(Landes)Behörden auf eine Überstellung von Personen im Kirchenasyl, obwohl sie an einer Überstellung rechtlich nicht gehindert wären, ist die Überstellung rechtlich nicht unmöglich.

#### Auswirkungen auf die Verfahrenspraxis:

Bereits vor der höchstrichterlichen Entscheidung vom 26. Januar 2021 hatte das Bundesamt seine Verfahrenspraxis umgestellt. Mit BMI-Erlass vom 07.01.2021 (AGM4-21003/18#40) sind die Entscheidungsvorgaben dahingehend geändert, dass der Gang in das Kirchenasyl die ursprüngliche Überstellungsfrist nicht beeinflusst, solange der tatsächliche Aufenthaltsort bekannt ist. Das Bundesamt legt die 18-monatige Überstellungsfrist lediglich dann zugrunde, wenn keine Meldung des neuen, konkreten Aufenthaltsortes ergeht oder die Person bereits vor Kirchenasylmeldung als flüchtig gilt.

Anna-Maria Aeschelmann, 32A

## Äthiopien: Bewaffneter Konflikt in der Region Tigray

Seit mehreren Monaten herrscht zwischen Äthiopiens Regierung und der Tigray People's Liberation Front (TPLF) ein bewaffneter Konflikt um die Macht in der Region Tigray. Die Volksgruppe der Tigray gehören zwar nur rund sechs Prozent der Bevölkerung Äthiopiens an, allerdings nahmen sie seit der Machtübernahme der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) im Jahr 1991 überproportional viele hochrangige Ämter in der Regierung, Militär und Wirtschaft ein.<sup>6</sup> Unter Abiy wurden jedoch zahlreiche Positionen durch Angehörige anderer Ethnien neubesetzt, mehrere frühere Funktionsträger wegen Machtmissbrauch und Korruption inhaftiert.<sup>7</sup> Nicht wenige Tigrayer beklagten deshalb eine „ethnische Verfolgung“<sup>8</sup> und verwiesen auf Maßnahmen der Zentralregierung gegenüber Tigray: Neben Kürzungen von Zahlungen aus dem Bundeshaushalt<sup>9</sup> seien wichtige und bereits begonnene Infrastrukturprojekte gestoppt worden.<sup>10</sup>

In Tigray gewannen auch deshalb secessionistische Kräfte an Einfluss.<sup>11</sup> Besonders deutlich wurde dies am Willen der Regionalregierung, ungeachtet der Entscheidung der staatlichen Wahlkommission NEBE, die für August 2020 geplanten Parlamentswahlen wegen der Corona-Pandemie auf zunächst unbestimmte Zeit zu verschieben, zu ignorieren und regional in Tigray

wählen zu lassen. Debretsion Gebremichael, Vorsitzender der TPLF und offiziell Präsident der Region Tigray, drohte der Zentralregierung offen mit Krieg, sollte sie versuchen, die Regionalwahlen zu verhindern.<sup>12</sup> Bei den Anfang September durchgeführten Wahlen errang die TPLF 189 der 190 Sitze.<sup>13</sup>

Unter Hinweis auf die Verfassungswidrigkeit der Wahlen, kündigte das äthiopische Parlament am 1. Oktober 2020 an, die Gesetzgebungs- und Exekutivorgane des Regionalstaats zu suspendieren und durch eine regionale Übergangsregierung unter staatlicher Aufsicht zu ersetzen. Zudem soll Militär in die Region verlagert werden, um sicherzustellen, dass in Tigray keine weiteren Maßnahmen vollzogen werden, die die verfassungsmäßige Ordnung gefährden könnten.<sup>14</sup>

Anfang November bestätigten sich die Befürchtungen, dass der Konflikt in Tigray nicht allein im Dialog beigelegt werden würde. So ordnete Abiy in der Nacht zum 04. November den Einmarsch äthiopischer Truppen in den Tigray an, nachdem – so der Premierminister in einer Fernsehansprache – die dortige Regionalregierung „auch die letzte rote Linie überschritten“ und eine „militärische Konfrontation“ unvermeidlich gemacht habe.<sup>15</sup> Abiy verwies auf einen Angriff bewaffneter Einheiten der TPLF auf Kasernen des äthiopischen Militärs in der Provinzhauptstadt Mekelle und in der Stadt Dansha am Vortag, bei denen mehrere Soldaten getötet und schwere Waffen gestohlen worden seien.<sup>16</sup> Die TPLF bestritt allerdings eine Attacke gegen Militärlager in Tigray.<sup>17</sup>

Aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit erzielten die äthiopischen Streitkräfte schnelle strategische Erfolge. Mit der Einnahme der Regionalhauptstadt Mekelle am 28. November erklärte Abiy den Konflikt für beendet. Zwar kontrollieren die Streitkräfte den größten Teil Tigrays,<sup>18</sup> jedoch dauern die Kämpfe in einigen Regionen des Landes weiter an. Immer wieder behaupten die Tigray Defense Forces (TDF) militärische Erfolge.<sup>19</sup> Beobachter befürchten einen Guerillakrieg der TPLF.<sup>20</sup>

Die äthiopischen Streitkräfte erhalten bei ihrem Einsatz in Tigray Unterstützung von lokalen Milizen

6 Vgl. The Reporter: New PM's first real test, 23.06.2018, <https://www.thereporterethiopia.com/article/new-pms-first-real-test> (Abruf 24.03.2021)

7 Vgl. Adam, Erfried: „Äthiopien: In der Sackgasse des ethnischen Föderalismus“, vom Dezember 2019; S. 3; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); <http://library.fes.de/pdf-files/iez/15918.pdf>; (Abruf 24.03.2021)

8 Vgl. Geeska Afrika Online: Ethiopia could break up. Soon than later?, 06.09.2020, <http://www.geeskaafrika.com/29446/ethiopia-could-break-up-soon-than-later/> (Abruf 24.03.2021)

9 Vgl. Borkena.com: Ethiopia: "Budgetary cuts tantamount to declaration of war," say TPLF gov't, 26.10.2020, <https://borkena.com/2020/10/26/ethiopia-budgetary-cuts-tantamount-to-declaration-of-war-say-tplf-govt/>; (Abruf 24.03.2021)

10 Vgl. Shuwa Kifle: Äthiopien: Einstieg in eine Diktatur?, 05.06.2020, <https://www.heise.de/tp/features/Aethiopien-Einstieg-in-eine-Diktatur-4772025.html>; (Abruf 24.03.2021)

11 Vgl. Borkena: Arena opposition party executive member attacked in Tigray, north Ethiopia, 18.02.2020, <https://borkena.com/2020/02/18/ethiopia-arena-opposition-party-leader-attacked-in-tigray/> (Abruf 24.03.2021)

12 Vgl. Ezega News: TPLF Accuses Eritrea of Plotting to Disrupt Elections in Tigray Region, 21.07.2020, <https://www.ezega.com/News/News-Details/8029/TPLF-Accuses-Eritrea-of-Plotting-to-Disrupt-Elections-in-Tigray-Region> (Abruf 24.03.2021)

13 AllAfrica: TPLF Grabs 189 Seats Out of 190 Available in Regional Council, 15.09.2020, <https://allafrica.com/stories/202009170649.html> (Abruf 24.03.2021)

14 Vgl. Ethiopia Insight: Far-sighted federal solidarity, not power politics and legalism, is needed to solve Tigray dispute, 09.10.2020; <https://www.ethiopia-insight.com/2020/10/09/far-sighted-federal-solidarity-not-power-politics-and-legalism-is-needed-to-solve-tigray-dispute/> (Abruf 24.03.2021)

15 Vgl. BBC-News: Ethiopia's Tigray crisis: The long, medium, and short story, 17.11.2020, <https://www.bbc.com/news/world-africa-54964378> (Abruf 24.03.2021)

16 Vgl. The Guardian: Fighting reported in Ethiopia after PM responds to 'attack' by regional ruling party, 04.11.2020, <https://www.theguardian.com/world/2020/nov/04/ethiopia-on-brink-as-pm-orders-military-response-to-attack> (Abruf 24.03.2021)

17 Vgl. Eritrea Hub: The state of the fighting in Tigray – Report, 05.11.2020; <https://eritreahub.org/the-state-of-the-fighting-in-tigray-report> (Abruf 24.03.2021)

18 Vgl. Nyssen, Jan: Tigray: Atlas of the Humanitarian Situation, 09.03.2021, Map 10 Approximate territorial control on 17 February 2021, S. 22, [https://www.researchgate.net/publication/349824181\\_Tigray\\_Atlas\\_of\\_the\\_humanitarian\\_situation](https://www.researchgate.net/publication/349824181_Tigray_Atlas_of_the_humanitarian_situation) (Abruf 24.03.2021)

19 Vgl. Africanews: TPLF forces claim killing 502 government troops, 18.02.2021, <https://www.africanews.com/2021/02/18/ethiopia-tplf-forces-claim-killing-502-government-troops/> (Abruf 24.03.2021)

20 Vgl. Canadian Dimension: Ethiopia and the perils of war – In conversation with Eritrean human rights activist Paulos Tesfagiorgis, 08.01.2021, <https://canadiandimension.com/articles/view/ethiopia-and-the-perils-of-war> (Abruf 24.03.2021)



aus Amhara, aber auch durch Einheiten der Eritrean Defensive Forces (EDF). Zwar bestritt Eritrea eine aktive Beteiligung an den Kämpfen in Tigray,<sup>21</sup> allerdings berichteten – unter Berufung auf Quellen der US-Regierung,<sup>22</sup> humanitärer Organisationen und Satellitenbilder – mehrere internationale Medien über die Anwesenheit und den Einsatz eritreischer Streitkräfte in der Region.<sup>23</sup> Auch von äthiopischer Seite wurde eine aktive Beteiligung eritreischer Militäreinheiten zunächst dementiert.<sup>24</sup> Anfang Januar 2021 räumte mit dem Bürgermeister von Mekelle jedoch erstmals ein Regierungsvertreter den Einsatz eritreischer Streitkräfte am bewaffneten Konflikt offiziell ein. Auch der Befehlshaber des äthiopischen Nordkommandos, Generalmajor Belay Sayoum, bestätigte die Anwesenheit eritreischer Truppen, verwies jedoch darauf, dass diese „nicht eingeladen worden und unerwünscht“ seien.<sup>25</sup> In einem Gespräch, das Premierminister Abiy am 25. März in der eritreischen Hauptstadt Asmara mit Eritreas Präsident Isaias führte, soll Isaias den Abzug der eritreischen Soldaten aus Tigray zugesichert haben. Die Kontrolle im umkämpften Regionalstaat würde jetzt das äthiopische Militär übernehmen. Erst zwei Tage zuvor hatte Abiy vor dem äthiopischen Parlament eingeräumt, dass Einheiten der EDF die Grenze nach Tigray überschritten hätten, „weil sie befürchteten, von TPLF-Streitkräften angegriffen zu werden“.<sup>26</sup>

Berichtet wird von schwersten Menschenrechtsverletzungen gegenüber der Zivilbevölkerung wie Exekutionen, Vergewaltigungen, Vertreibungen, Plünderungen, Zerstörung von Gebäuden und dem Abbrennen von Ackerflächen, Plantagen und Holzdepots.<sup>27</sup> Es kommt auch zu Massakern an der Zivilbevölkerung. So berichtete Amnesty International (AI) über den Tod von mindestens 600 Zivilisten in der Stadt Mai-Kadra im Südwesten Tigrays.<sup>28</sup> Für den Angriff werden jugendliche Tigray-Milizen (Samri) verantwortlich gemacht,<sup>29</sup> Flüchtlinge im Sudan berichteten dagegen, die Tat sei von amharischen Milizen (Fano) verübt worden.<sup>30</sup> Auch im Wallfahrtsort Aksum soll es zur systematischen Tötung Hunderter unbewaffneter Männer, Frauen und

Kinder durch eritreische Soldaten gekommen sein. Das Vorgehen habe, so die Einschätzung von sachkundigen Beobachtenden, genozidale Züge.<sup>31</sup> Die Regierung Eritreas wies die Vorwürfe als „Lüge“ zurück.<sup>32</sup> Im Süden Tigrays sollen äthiopische Streitkräfte allein seit Januar 2021 mehr als 300 Menschen hingerichtet haben. Die Soldaten hätten dabei vor allem gezielt nach tigrayischen Männern gesucht.<sup>33</sup> Es soll sich dabei ebenso um Vergeltungsaktionen nach Angriffen von TPLF-Milizen gehandelt haben.<sup>34</sup>

Nach Schätzungen sollen bei den Kämpfen Tausende von Menschen getötet worden sein.<sup>35</sup> Ein Bericht der Übergangsregierung in Tigray bezifferte die Zahl der Binnenflüchtlinge – vor allem aus dem Westen Tigrays – auf mehr als 900.000.<sup>36</sup> Über 60.000 flüchteten vor den Kämpfen in den Sudan.<sup>37</sup> Nach offiziellen Angaben stellt sich derzeit auch die Versorgungslage in Tigray als außerordentlich schwierig dar: 4,5 Millionen Menschen – und damit zwei Drittel der Gesamtbevölkerung des Regionalstaates – benötigten humanitäre Hilfe, insbesondere im zentralen und östlichen Tigray. Es wird von Hungersnöten berichtet.<sup>38</sup> Caritas International bezeichnete die humanitäre Situation als katastrophal.<sup>39</sup> Erste Menschen seien bereits verhungert, vor allem Kinder seien dramatisch unterernährt.<sup>40</sup> Es gibt Berichte, dass Hilfsgüter, die für Tigray bestimmt sind, nach Amhara umgeleitet werden. Der äthiopischen Regierung wurde vorgeworfen, „Hunger als Waffe“ gegen die Bevölkerung in Tigray einzusetzen.<sup>41</sup> Anfang Februar einigten sich die äthiopische Regierung und World Food Programme auf eine deutliche Ausweitung der humanitären Hilfslieferungen.<sup>42</sup>

Erhebliche Mängel bestehen auch bei der Gesundheitsversorgung. Wegen der Bombardierung von Krankenhäusern sowie Plünderungen soll die medizinische Versorgung in den städtischen Gebieten nur noch sehr eingeschränkt, in ländlichen Regionen meist überhaupt nicht mehr gewährleistet sein.<sup>43</sup>

21 Vgl. Reuters: Eritrea denies troop incursion into Ethiopia's Tigray, 10.11.2020; <https://www.reuters.com/article/us-ethiopia-conflict-minister/eritrea-denies-troop-incursion-into-ethiopia-tigray-idUSKBN27Q1KU> (Abruf 24.03.2021)

22 Vgl. Deutschland Today: US-Außenministerium zeigt sich besorgt über Lage in äthiopischer Krisenregion - USA: „Glaubwürdige Berichte“ über Einmarsch Eritreas in Tigray, 11.12.2020, [http://www.dtoday.de/startseite/politik\\_artikel,-USA-Glaubwuerdige-Berichte-ueber-Einmarsch-Eritreas-in-Tigray--arid,760676.html](http://www.dtoday.de/startseite/politik_artikel,-USA-Glaubwuerdige-Berichte-ueber-Einmarsch-Eritreas-in-Tigray--arid,760676.html) (Abruf 24.03.2021)

23 Vgl. Bloomberg: Possible Eritrea Troop Sightings Signal Wider Ethiopia Fight, 08.12.2020, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-12-08/suspected-eritrea-troop-sightings-suggest-wider-ethiopia-war>; (Abruf 24.03.2021)

24 Vgl. Mebrahtu Ateweberhan: Eritreans caught in dilemma over Tigray conflict, 11.11.2020, <https://www.theafricareport.com/53978/eritreans-caught-in-dilemma-over-tigray-conflict/> (Abruf 24.03.2021)

25 Vgl. Addis Standard: News analysis: „We dont want it north command chief on eritrea army in Tigray says army didn't let alien forces in, 06.01.2021, <https://addisstandard.com/news-analysis-we-dont-want-it-north-command-chief-on-eritrea-army-in-tigray-says-army-didnt-let-alien-forces-in-full-speech/> (Abruf 24.03.2021)

26 Vgl. Deutsche Welle: Ethiopian PM: Eritrean troops to leave Tigray, 26.03.2021, <https://www.dw.com/en/ethiopian-pm-eritrea-troops-to-leave-tigray/a-57009807> (Abruf 26.03.2021)

27 Vgl. Arte TV: Sudan: Die Tigray fliehen aus Äthiopien, 08.01.2021 (verfügbar bis 03.01.2024), <https://www.arte.tv/de/videos/101072-000-A/sudan-die-tigray-fliehen-aus-aethiopien/> (Abruf 11.03.2021); Reuters: Ethiopian women raped in Mekelle, says soldier, 10.01.2021, <https://www.reuters.com/article/us-ethiopia-conflict/ethiopian-women-raped-in-mekelle-says-soldier-idUSKBN29E0IH> (Abruf 24.03.2021)

28 Tagesschau.de: Berichte über Massaker in Tigray, 24.11.2020, <https://www.tagesschau.de/ausland/aethiopien-173.html> (Abruf 24.03.2021)

29 Vgl. Arte TV, a.a.O. Plaut, Martin: Did Amnesty International wrongly blame the Tigrayans for the Mai-Kadra massacre?, 15.11.2020, Eritrea Hub: <https://eritreahub.org/did-amnesty-international-wrongly-blame-the-tigrayans-for-the-mai-kadra-massacre> (Abruf 24.03.2021)

30 Vgl. Deutschlandfunk: Äthiopien - Amnesty International berichtet über Massaker in Tigray-Region, 13.11.2020, [https://www.deutschlandfunk.de/aethiopien-amnesty-international-berichtet-ueber-massaker.1939.de.html?drn:news\\_id=1194056](https://www.deutschlandfunk.de/aethiopien-amnesty-international-berichtet-ueber-massaker.1939.de.html?drn:news_id=1194056) (Abruf 24.03.2021)

31 Vgl. Spiegel-Online: Massaker von Aksum, 26.02.2021, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tigray-aethiopien-augenzeugen-berichten-ueber-das-massaker-von-aksum-a-31ee33cb-5da2-44ac-95d7-009c3634739> (Abruf 24.03.2021)

32 Vgl. Süddeutsche Zeitung: Berichte über Massaker in Tigray, 26.02.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/aethiopien-tigray-eritrea-massaker-1.5219351> (Abruf 24.03.2021)

33 Vgl. Los Angeles Times: In an out-of-sight war, a massacre comes to light, 15.01.2021; <https://www.sn.at/politik/welt/politik/aethiopien-berichte-ueber-massaker-an-fluechtligen-vor-kirche-98281003> (Abruf 24.03.2021)

34 Vgl. Sky News: Hundreds executed, thousands homeless - the human cost of fighting in Tigray, 17.03.2021, <https://news.sky.com/story/ethiopia-hundreds-executed-thousands-homeless-the-human-cost-of-fighting-in-tigray-12247307>; Plaut, Martin: Situation Report EEPA HORN No. 90, 23.02.2021, <https://martinplaut.com/2021/02/23/situation-report-eepe-horn-no-90-23-february-2021/> (Abruf 24.03.2021)

35 Vgl. CNN: US calls for withdrawal of Eritrean forces in Ethiopia following investigation into massacre, 01.03.2021; <https://edition.cnn.com/2021/02/28/africa/us-ethiopia-eritrea-troops-intl/index.html> (Abruf 24.03.2021)

36 Vgl. AllAfrica: Ethiopia: Tigray Interim Administration CEO Hold Discussion With Us Ambassador, USAID Director, 22.03.2021, <https://allafrica.com/stories/202103230136.html> (Abruf 24.03.2021)

37 Vgl. Ärzte ohne Grenzen: Entsetzliche Bedingungen in Grenzlagern Hamdayet für Geflüchtete aus Tigray, 19.01.2021, <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/sudan-schreckliche-bedingungen-in-grenzlagern> (Abruf 24.03.2021)

38 Vgl. Eritrea Hub: Refugee camps in Ethiopia appear to have been systematically destroyed, 03.02.2021, <https://eritreahub.org/refugee-camps-in-ethiopia-appear-to-have-been-systematically-destroyed>; (Abruf 24.03.2021)

39 Vgl. Deutschlandfunk: Caritas befürchtet Hungersnot in Tigray, 21.01.2021, [https://www.deutschlandfunk.de/aethiopien-caritas-befuerchtet-hungersnot-in-tigray.1939.de.html?drn:news\\_id=1218607](https://www.deutschlandfunk.de/aethiopien-caritas-befuerchtet-hungersnot-in-tigray.1939.de.html?drn:news_id=1218607) (Abruf 24.03.2021)

40 Vgl. Reuters: Ethiopians dying, hungry and fearful in war-hit Tigray: agencies, 20.01.2020, <https://www.reuters.com/article/us-ethiopia-conflict-idUSKBN29P0X1> (Abruf 24.03.2021)

41 Vgl. Spiegel-Online: Hunderttausende könnten verhungern, 24.01.2021, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/aethiopien-humanitaere-katastrophe-in-der-region-tigray-weitete-sich-aus-a-aa677066-26fc-44be-99a7-3d98d2ec78f5> (Abruf 24.03.2021)

42 Vgl. Deutsche Welle: WFP: „Durchbruch“ für Krisenregion Tigray, 07.02.2021, <https://www.dw.com/de/wfp-durchbruch-für-krisenregion-tigray/a-56486392> (Abruf 24.03.2021)

43 Vgl. Addis Standard: Latest joint govt-inter-agencies assessment-report in tigray reveals dire humanitarian

Am 19. Februar 2021 veröffentlichte die TPLF einen „Friedensplan“ um den Konflikt beizulegen. Darin bekräftigte sie erneut, dass sie zu dem Krieg gezwungen wurde, sich aber weiterhin für eine friedliche Lösung einsetze diese jedoch an Bedingungen knüpfe.<sup>44</sup>

*Uwe Seidens, 62F*

## Divergierende obergerichtliche Entscheidungen zur Thematik „Syrien / Militärdienstentziehung“

**OVG Berlin-Brandenburg: Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für syrische Staatsangehörige, die sich dem Militärdienst entziehen**

Mit Urteilen vom 29. Januar 2021 (Az.: OVG 3 B 109.18 und OVG 3 B 68.18) ändert das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg ausdrücklich seine bisherige Rechtsprechung<sup>45</sup> zu syrischen Staatsangehörigen, die sich dem Militärdienst entziehen. Es setzt sich hierbei ausführlich mit der neuesten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Frage der Militärdienstverweigerung auseinander.<sup>46</sup>

Eine Vorverfolgung sei dann demnach zu bejahen, wenn der Antragssteller den Militärdienst verweigert habe. Dies setze nach Rechtsprechung des EuGH weder ein förmliches Verfahren der Militärdienstverweigerung voraus noch müsse diese aus einem bestimmten Motiv heraus erfolgen und sei daher auch in solchen Fällen zu bejahen, in denen der Antragsteller noch keinen Einberufungsbescheid oder ähnliches erhalten habe.

Einige Obergerichte<sup>47</sup> nehmen an, dass Militärdienstverweigerer im Allgemeinen unverzüglich eingezogen würden und es nicht zu einem Wehrstraßprozess komme. Dieser Auffassung folgt das OVG Berlin-Brandenburg ausdrücklich nicht und verweist im Wesentlichen auf den Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 4. Dezember 2020, S. 14 und S. 30, nachdem Rückkehrern zeitweilige Inhaftierungen oder dauerhaftes „Verschwinden“ drohe.

Letztendlich kommt es aus Sicht des OVG Berlin-Brandenburg jedoch nicht auf eine bestehende Vorverfolgung an, da sich die Rechtslage in Syrien für Militärdienstentzieher nicht geändert habe. Militärdienstpflichtige müssten weiterhin mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit an Kampfhandlungen an der Front

teilnehmen. Sie könnten auch nicht mit zumutbaren Risiken durch Geldzahlungen einer Bestrafung wegen Militärdienstentzug entgehen. Militärdienstpflichtige, die weiterhin keinen Militärdienst leisten wollten, kämen auch nicht in den Genuss einer Amnestie.

Es sei auch beachtlich wahrscheinlich, dass Militärdienstverpflichtete an Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit hätten teilnehmen müssen, wenn sie ihren Militärdienst nicht verweigern würden. Darüber hinaus bestehe auch eine Verknüpfung zwischen Verfolgungshandlung und Verfolgungsgrund. Gemäß der Rechtsprechung des EuGH spreche eine starke Vermutung dafür, dass die Verweigerung des Militärdienstes unter den in Art. 9 Abs. 2 Buchst. e der Richtlinie 2011/95/EU (Qualifikationsrichtlinie) erläuterten Voraussetzungen mit einem der fünf in Art. 10 der Richtlinie genannten Gründen im Zusammenhang steht. Für die Konstellation des Art. 9 Abs. 2 Buchst. e der Richtlinie – und nur für diese – nehme der EuGH an, dass ein unmittelbarer Beweis der Verknüpfung zwischen Strafverfolgung und Verfolgungsgrund besonders schwer zu erbringen sei und gelange zu einer schutzorientierten Auslegung.

Die Beurteilung der zur Verfügung stehenden Tatsachengrundlagen bewege sich in einem „weit gespannten Wertungsrahmen“, der dazu geführt habe, dass die Oberverwaltungsgerichte trotz identischer Tatsachengrundlagen „sowohl die eine wie auch die andere Ansicht vertreten haben“. Innerhalb dieses Wertungsrahmens lasse das Urteil des EuGH endgültig nicht mehr die Annahme zu, es müsse mangels tatsächlicher Umstände bewertet werden, ob ein asylrechtlich relevanter Verfolgungsgrund aus Sicht des syrischen Staates plausibel sei. Die Vermutungsregel sei grundsätzlich geeignet, zu einer erforderlichen Vereinheitlichung der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten beizutragen. Auch wenn die Bewertung der Tatsachengrundlage in gewissem Maße diffus bleibe und für eine vollständige gerichtliche Überzeugungsbildung „eher nicht genügen dürfte“ bestehe aber eine – ausreichende – Vermutung, dass die Bestrafung von Militärdienstentziehern (auch) aus politischen Gründen erfolge. Diese Vermutung könne nicht zu Lasten syrischer Militärdienstpflichtiger entkräftet werden.

Das OVG Berlin-Brandenburg hat die Revision nicht zugelassen, da der rechtliche Maßstab mit Urteil des EuGH geklärt sei.

**OVG Münster: Keine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft für syrischen Wehrpflichtigen, der sich dem Reservedienst durch Flucht entzogen hat**

Mit Urteil vom 22. März 2021 (Az.: 14 A 3439/18.A) führt das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster im Ergebnis seine Rechtsprechung<sup>48</sup> zu syrischen Staats-

situation massive damage vandalization-of public health centers; 08.01.2021, <https://addisstandard.com/news/latest-joint-govt-inter-agencies-assessment-report-in-tigray-reveals-dire-humanitarian-situation-massive-damage-vandalization-of-public-health-centers/> (Abruf 24.03.2021)

44 Vgl. Plaut, Martin: Situation Report EEPa HORN No. 89, a.a.O.

45 Vgl. hierzu zuletzt OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 12. Februar 2019 – OVG 3 B 27.17 – juris

46 Vgl. EuGH, Urteil vom 19. November 2020 – C-238/19, -juris

47 Vgl. VGH München, Urteil vom 21. September 2020 – 21 B 19.32725 – juris Rn. 42; OVG Lüneburg, Beschluss vom 16. Januar 2020 – 2 LB 731/19 – juris Rn. 57

48 OVG Münster, Urteil vom 04.05.2017 – 14 A 2023/16.A –, vom 24.10.2018 – 14 A 718/18.A – und 13.03.2020 – 14 A 2278/17.A –



angehörigen, die sich dem Militärdienst entziehen fort und hat die auf Zuerkennung der Flüchtlings-eigenschaft gerichtete Klage eines syrischen Wehrpflichtigen, der sich dem Reservedienst durch Flucht entzogen hatte, abgewiesen. Es setzt sich hierbei mit der neuesten Rechtsprechung des EuGH zur Frage der Militärdienstverweigerung auseinander. Außerdem erfolgt auch eine Auseinandersetzung mit der aktuellen, entgegenstehenden obergerichtlichen Rechtsprechung insbesondere des OVG Berlin-Brandenburg<sup>49</sup>. Dessen kürzlich erfolgter gegenteiliger Bewertung der Tatsachenfrage schließt sich das OVG Münster ausdrücklich nicht an.

Der erkennende 14. Senat hatte in der vorausgehenden Sitzung am 26. November 2020 die Verhandlung vertagt, da es angesichts der divergierenden Auffassungen zu der Frage, ob eine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Strafverfolgung oder Bestrafung nach § 3 a Abs. 2 Nr. 5 AsylG besteht und angesichts der vom Senat in ständiger Rechtsprechung verneinten Verknüpfung einer Verfolgung mit einem Verfolgungsgrund und der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs dazu vom 19. November 2020 einer weiteren Sachverhaltswürdigung und möglicherweise Aufklärung bedürfe.

Im Rahmen der mündlichen Urteilsbegründung hat das Gericht am 22. März 2021 ausgeführt, dass der Senat eine Neubewertung der aktuellen Situation Wehrpflichtiger in Syrien vorgenommen habe. Nachdem sich die militärische Situation in Syrien inzwischen geändert habe und das syrische Regime nicht mehr um seine Existenz fürchten müsse, habe sich auch die Reaktion des Regimes gegenüber Wehrdienstentziehern geändert. Während früher ein eher hartes Vorgehen festzustellen gewesen sei, sei nach aktueller Quellenlage eine beobachtbare Veränderung der syrischen Seite zu einfachen Wehrdienstentziehern festzustellen. Wehrdienstentzieher würden heute nicht mehr bestraft, sondern eingezogen. Mangels beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer Bestrafung wären die Voraussetzungen für die Zuerkennung des Flüchtlings-schutzes somit nicht gegeben.

Dies gelte jedoch nicht für Deserteure und Überläufer.

Die beobachtbare Veränderung des syrischen Regimes in seiner Haltung gegenüber Militärdienstverweigerern habe auch Folgen für die Bewertung der Verknüpfung von Verfolgungsgrund und Verfolgungshandlung. Wenn schon keine flächendeckende systematische Bestrafung feststellbar sei, dann würden Wehrdienstverweigerer vom syrischen Regime auch nicht als politische Oppositionelle angesehen. Denn politische Oppositionelle würden in Syrien flächendeckend verfolgt.

Auf weitere Fragen wie zum Beispiel: Stellt die Flucht vor dem Reservedienst eine Militärdienstverweige-

rung dar? Ist Flucht erkennbare inhaltlich ablehnende Erklärung? Ist der Bürgerkrieg in Syrien heute noch von Kriegsverbrechen gekennzeichnet und werden Wehrpflichtige dabei eingesetzt? komme es vorliegend nicht mehr an.

In der am 22. März veröffentlichten Pressemitteilung des OVG Münster heißt es hierzu auszugsweise: Während der syrische Staat früher der massenhaften Wehrdienstentziehung scharf entgegengetreten sei, weil er dadurch die Existenz des Regimes gefährdet gesehen habe, sei dies nach den aktuellen Erkenntnissen anders zu beurteilen. Nachdem sich die militärische Situation zugunsten des syrischen Staates konsolidiert habe, sei trotz der nach wie vor aufrecht erhaltenen Strafandrohung eine gewandelte Praxis der Behandlung von Wehrdienstentziehern zu beobachten. Sie würden nicht mehr bestraft, sondern unverzüglich eingezogen und militärisch eingesetzt. Das gelte jedenfalls für diejenigen, die sich lediglich dem Wehrdienst durch Flucht entzogen hätten. Anders sei möglicherweise die Lage bei Personen zu beurteilen, die bereits in das militärische System eingegliedert und mit militärischen Aufgaben betraut gewesen seien, ihre Einheiten oder Posten dann aber verlassen hätten (Deserteuren) oder gar - aus Sicht des syrischen Regimes - zum Feind übergelaufen seien. Unabhängig von der vorstehenden Beurteilung ergebe sich jedenfalls aus der nicht mehr flächendeckenden und systematischen Strafverfolgung von Wehrdienstentziehern, dass sie nicht als politische Gegner angesehen würden, denn diese würden intensiv verfolgt.

Damit sei für einfache Wehrdienstentzieher die vom EuGH in seinem Urteil vom 19. November 2020 - C-238/19 - aufgestellte „starke Vermutung“ einer Strafverfolgung von Militärdienstverweigerern aus politischen Gründen widerlegt.

Das OVG Münster hat die Revision nicht zugelassen.

Mit der Entscheidung des OVG Münster gibt es eine erste obergerichtliche Entscheidung, die mit der kürzlich erfolgten Bewertung der Tatsachenlage durch das OVG Berlin-Brandenburg nach der Entscheidung des EuGH vom 19. November 2020 divergiert. Allerdings betrifft sie mit einer Person, die sich dem Reservedienst entzogen hatte, auch nur einen Teil der Wehrdienstproblematik bei syrischen Staatsangehörigen, die sich dem Militärdienst entziehen.

Nach den Entscheidungen des OVG Berlin-Brandenburg und des OVG Münster ist zunächst weiterhin mit einer divergierenden obergerichtlichen Rechtsprechung zu rechnen.

*Georg Meyer und Christa Welter, 61E*

<sup>49</sup> OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 29. Januar 2021 - OVG 3 B 109.18 und OVG 3 B 68.18

## VG Gera: Staatlicher Schutz bei FGM in Côte d'Ivoire

Mit Urteil vom 12. Januar 2021 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Gera (Az. 6 K 1140/19 Ge), dass in Côte d'Ivoire bei einer drohenden weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) staatlicher Schutz zur Verfügung steht. Die Antragstellenden – Angehörige der Volksgruppe der Malinke – sind eine vierköpfige Familie und stammen aus dem Distrikt Lagunes im Südosten des Landes. Demnach seien die Eheleute nach der Geburt ihrer Tochter von der Großfamilie des Ehemannes dazu gedrängt worden das Mädchen zu beschneiden. Im Rahmen einer großen Dorfzeremonie mit weiteren Mädchen sei es dem Antragstellenden gelungen, ihre Tochter zu befreien und das Land zu verlassen. Bei einer Rückkehr nach Côte d'Ivoire befürchten die sie daher eine Beschneidung ihrer Tochter.

Das Gericht ließ bei mehreren Stellen Beweisaufnahme erheben. Nach den Erkenntnisquellen ist der ivoirische Staat sowohl willens als auch in der Lage gegen die Genitalverstümmelungen junger Mädchen wirksamen Schutz zu bieten. Das neue ivoirische Strafgesetzbuch vom 20. Juni 2019 sieht umfangreichen staatlichen Schutz vor und führt FGM als eigenen Straftatbestand ein. Gemäß Artikel 394 wird die Durchführung einer FGM mit einer Haftstrafe zwischen einem und fünf Jahren sowie einem Bußgeld zwischen etwa 300 bis 3.000 Euro geahndet. Die Strafe wird verdoppelt, wenn der Eingriff von einer medizinischen Fachkraft durchgeführt wird. Auch Verwandte vom ersten bis zum vierten Grades eines Opfers machen sich im gleichen Maße strafbar, wenn sie die Behörden über eine bevorstehende oder durchgeführte FGM nicht informieren, obwohl sie davon Kenntnis hatten.<sup>50</sup>

Nach Auskunft der in Côte d'Ivoire tätigen Nichtregierungsorganisationen nehmen jedoch viele potentielle Opfer sowie deren Angehörige aus verschiedenen Gründen den staatlichen Schutz nicht in Anspruch. Zum einen ist in der Bevölkerung das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden schwach ausgeprägt, zum anderen verzichten Viele aus Loyalität zu ihrer Familie und Gemeinschaft auf eine Anzeige. FGM ist in Côte d'Ivoire nach wie vor tabuisiert und viele Betroffene schämen sich. Die Erkenntnisquellen des Gerichtes lassen auch nicht die Schlussfolgerung zu, dass die Polizeidienststellen generell nicht gegen FGM einschreiten. Sollten im Einzelfall Polizeibeamte nicht tätig werden, stehen neben den Polizeidienststellen landesweit 32 sogenannte „plates-formes violences basées sur le genre“ als Vermittler Betroffenen und Angehörigen zur Verfügung, die befugt sind einzuschreiten.<sup>51</sup> In vorliegendem Fall waren die Antragstellenden daher auf staatlichen Schutz zu verweisen.

Andreas Emcev, 62E

## Blick zum Nachbarn: Schweiz – Staatssekretariat für Migration

Nachdem im April 2020 in der Schweiz Gesetzes- und Verordnungsänderungen in Kraft traten, die es anerkannten Flüchtlingen untersagen, in ihre Heimatstaaten oder deren Nachbarstaaten zu reisen, wurden im Verlauf des Jahres 2020 auch weitere Reisebeschränkungen für vorläufig Aufgenommene diskutiert.<sup>52</sup> Der Menschenrechtsorganisation „humanrights.ch“ zufolge wird eine sogenannte F-Bewilligung – auch vorläufige Aufnahme genannt – an Personen erteilt, die keine Flüchtlingseigenschaft besitzen, aber aus anderen Gründen nicht abgeschoben werden können.<sup>53</sup> Dies ähnelt dem subsidiären Schutz und dem Abschiebeverbot im deutschen Asylsystem. Vorläufig Aufgenommene sollen grundsätzlich nicht mehr ins Ausland reisen dürfen – bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird eine Bewilligung zur Reise ins Herkunftsland benötigt. Nur noch in „begründeten Ausnahmefällen“<sup>54</sup> soll ihnen das Reisen erlaubt sein. Die NGO „humanrights.ch“ kritisiert dieses Vorhaben vor dem Hintergrund des Rechts auf Familienleben und der Einschränkung der Bewegungs- und Reisefreiheit.<sup>55</sup> Das schweizerische UNHCR bezeichnet die geplante Regelung als völker- und verfassungsrechtlich bedenklich und beruft sich hier ebenfalls auf das Recht der Bewegungsfreiheit. Zudem führe die Flucht aus dem Herkunftsland oft dazu, dass Familien auseinandergerissen werden und die Familienmitglieder in verschiedenen Staaten Zuflucht finden würden. Familiäre Beziehungen können in solchen Fällen dem UNHCR zufolge oft nur durch Besuche gepflegt werden. Das Reiseverbot würde das Wohlbefinden der Betroffenen beeinflussen und damit auch „negative Auswirkungen auf ihre Integrationsfähigkeit“<sup>56</sup> haben.

### Administrativhaft für minderjährige Geflüchtete

Seit mehreren Jahren ist die Administrativhaft für Geflüchtete, insbesondere für Minderjährige, in der Schweiz ein breit diskutiertes Thema. Die Administrativhaft Jugendlicher ohne Aufenthaltstitel soll es ermöglichen, den Vollzug ihrer Ausweisung sicherzustellen. In der Schweiz ist die Inhaftierung nur für Jugendliche über 15 Jahren erlaubt, Berichten zufolge wurden aber auch jüngere Geflüchtete in Administrativhaft genommen, obwohl dadurch das nationale Recht als auch die Pflichten der UNO-Kinderrechtskonvention verletzt werden.<sup>57</sup> Die Berichte und Empfehlungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen appellieren für

<sup>52</sup> Vgl. Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement. In: <https://www.sem.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2020/2020-02-20.html> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>53</sup> Vgl. Humanrights.ch: Neue Einschränkungen für vorläufig aufgenommene Personen. In: <https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/migration-asyl/reiseverbot-f-bewilligung> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>54</sup> Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament: Nationalrat lehnt Reiseverbot für vorläufig Aufgenommene ab. In: [https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2020/20201216114303710194158159038\\_bsd090.aspx](https://www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2020/20201216114303710194158159038_bsd090.aspx) (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>55</sup> Vgl. Humanrights.ch, ebd.

<sup>56</sup> UNHCR Schweiz: Kein Reiseverbot für vorläufig aufgenommene Personen; UNHCR plädiert für verhältnismäßige Regelung. In: <https://www.unhcr.org/dach/ch-de/59613-kein-reiseverbot-fur-vorlaufig-aufgenommene-personen-unhcr-pladiert-fur-verhaeltnismassige-regelung-2.html> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>57</sup> Vgl. Humanrights.ch: Die ausländerrechtliche Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz bleibt aktuell. In: <https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/kinder/administrativhaft-jugendliche-schweiz> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>50</sup> Vgl. Journal Officiel de la République de Côte d'Ivoire, Soixante-et-Unième Année – N° 9 Spécial du Mercredi 10 Juillet 2019, S. 237. In: [http://www.famille.gouv.ci/public/documents/doc\\_drcc/loi\\_2019-574\\_portant\\_code\\_p%C3%A9nal.pdf](http://www.famille.gouv.ci/public/documents/doc_drcc/loi_2019-574_portant_code_p%C3%A9nal.pdf) (abgerufen am 18.03.2021)

<sup>51</sup> Vgl. VG Gera, Urteil vom 12.01.2021, 6 K 1140/19 Ge

ein Verbot dieser Administrativhaft und stützen sich vornehmlich auf zwei Argumente. Zum einen leide die (psychische) Gesundheit der Inhaftierten, rund 85% der Kinder trugen irreversible psychische Schäden von Gefängnisaufenthalt davon. Geflüchtete Kinder und Jugendliche seien aufgrund ihrer Flucht und schwierigen Lebenssituation besonders vulnerabel<sup>58</sup>. Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf das Recht des Kindeswohls. UNICEF zufolge rechtfertigt der Migrationsstatus allein keine Inhaftierung von Kindern. Es wird unter anderem von UNICEF gefordert, dass unbegleitete, geflüchtete Minderjährige die gleiche Unterstützung und Betreuung erhalten sollen, wie andere, einheimische Kinder ohne elterliche Fürsorge. So sollten Pflegefamilien oder Betreuungseinrichtungen anstelle von Administrativhaftungen eingesetzt werden<sup>59</sup>. Im Zuge der Initiative „Stopp der Administrativhaft für Kinder!“, stimmte der Ständerrat im September 2019 zunächst gegen ein Verbot der Administrativhaft für minderjährige Geflüchtete, im September 2020 votierte der Nationalrat jedoch dafür. Am 10. März 2021 wurde wiederholt im Ständerrat über das Verbot abgestimmt und die Initiative schließlich abgelehnt<sup>60</sup>.

### Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria

Nach dem Großbrand im Flüchtlingslager Moria im griechischen Lesbos verpflichteten sich einige europäische Staaten Geflüchtete – insbesondere rund 400 unbegleitete Minderjährige – aufzunehmen. Das schweizerische Staatssekretariat für Migration (SEM) nahm etwa 20 Kinder und Jugendliche auf<sup>61</sup>. Die Maßnahme ging einigen Bürgerinnen und Bürgern nicht weit genug und wurde in der Medienlandschaft rege diskutiert. So gab es auch Kritik daran, dass die Schweiz in Vergleich zu anderen europäischen Ländern so wenige Flüchtlinge aufnahm.<sup>62</sup> Die Neue Zürcher Zeitung berichtete, dass die Stadt Zürich und Kirchen für die Aufnahme weiterer Menschen bereit waren, sogar Betten sollen vorbereitet worden sein. Neben der Aufnahme von Geflüchteten setzte die Schweiz aber auch auf Soforthilfen: Offiziellen Angaben zufolge brachte ein Flugzeug zwei Tage nach dem Brand erste Hilfsmaterialien nach Griechenland und es wurden bis zu einer Million Franken für humanitäre Hilfen bereitgestellt. Die humanitäre Hilfe vor Ort stünde im Vordergrund der schweizerischen Unterstützung<sup>63</sup>.

Kathrin Fiedler, 62E

## Neuerwerbungen der Bibliothek

**Auer, Peter von:** Die Gefahr, zwangsrekrutiert zu werden, ist nicht mehr beachtlich? : Unzulässigkeit des Widerrufs der wegen Zwangsrekrutierung durch Taliban anerkannten afghanischen Jugendlichen nach Erreichen der Volljährigkeit. In: Der Schlepper : Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein. – 24 (2020), Heft 99, Seite 42-45

**Becker, Julius:** Folgen der Schutzgewährung in einem anderen europäischen Staat : Auswirkungen der EuGH-Entscheidung „Hamed und Omar“ auf Verfahren in Deutschland. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2020), Heft 9, Seite 299-303

**Kloth, Fabian; Rehbehn, Patrick:** Abschiebungsandrohung gegenüber (unerlaubt eingereisten) Unionsbürgern. In: Informationsbrief Ausländerrecht : InfAuslR. – 43 (2021), Heft 1, Seite 6-11

**Marx, Reinhard:** Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht : Handbuch. – 7. Auflage. – Baden-Baden : Nomos, 2020. – 1 Online-Ressource (1311 Seiten).

**Positionspapier zur Weiterentwicklung der EU-Hochqualifiziertenrichtlinie:** im Rahmen der öffentlichen Konsultation zur Zukunft der legalen Migration in die Europäische Union. – 23. November 2020. – Berlin : SVR, 2020. – 1 Online-Ressource (6 Seiten).

**Schmidt-Räntsch, Johanna:** Vorgaben des Art. 5 EMRK für die Abschiebungshaft. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2020), Heft 9, Seite 292-298

**Shad, Klaus Behnam:** Die emotionale Erfahrung des Asyls : Lebenswelten afghanischer Geflüchteter in Berlin. – Wiesbaden : Springer VS, [2021]. – 1 Online-Ressource (XV, 314 Seiten).

**Wiebke, Judith:** Der „New Pact on Migration and Asylum“ : Übersicht zur geplanten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. – (2021), Heft 1/2, Seite 7-15

<sup>58</sup> Vgl. terre des hommes schweiz: Nationalrat stimmt für Verbot der Administrativhaft für Minderjährige. In: <https://www.terredeshommeschweiz.ch/nationalrat-stimmt-fuer-verbot-der-administrativhaft-fuer-minderjaehrige/> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>59</sup> Vgl. UNICEF: Alternativen zur Inhaftierung von Flüchtlingskindern im Kontext der Administrativhaft. In: <https://www.unicef.ch/de/ueber-unicef/aktuell/statements/2021-03-03/administrativhaft> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>60</sup> Vgl. Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament: Ständesinitiative Stopp der Administrativhaft für Kinder! In: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20180321> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>61</sup> Vgl. Der Bundesrat: Lesbos: Schweiz leistet Hilfe vor Ort und beteiligt sich an der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen. In: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80386.html> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>62</sup> Vgl. Blick.ch: Jean Ziegler über das Flüchtlingselend auf Lesbos. In: <https://www.blick.ch/ausland/jean-ziegler-ueber-das-fluechtlingselend-auf-lesbos-was-die-schweiz-macht-ist-eine-schande-id16090919.html> (Zugriff am 22.03.2021)

<sup>63</sup> Vgl. Der Bundesrat: Lesbos: Schweiz leistet Hilfe vor Ort und beteiligt sich an der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen. In: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-80386.html> (Zugriff am 22.03.2021)

# Impressum

## Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
90461 Nürnberg

## Stand

03/2021

## Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

## Bildnachweis


iStockphoto

## Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg  
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .  
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen  
unter: [www.bamf.de/publikationen](http://www.bamf.de/publikationen)

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 [www.facebook.com/bamf.socialmedia](https://www.facebook.com/bamf.socialmedia)

 [@BAMF\\_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

[www.bamf.de](http://www.bamf.de)

